

PAKISTAN IM IRKKREIS

Werner Adam

Pakistan hat in seiner dreißigjährigen Geschichte erst wenige Wahlen erlebt und ist dadurch sowohl in seinem demokratischen Reifeprozess als auch in der Festigung seines nationalen Selbstvertrauens gehemmt worden. Nachgerade tragisch aber nimmt sich der Umstand aus, daß die seltenen Urnengänge dem Land obendrein Unheil brachten. Das war im Dezember 1970 der Fall, als die ersten freien Parlamentswahlen eine fatale Polarisierung zwischen Ost- und Westpakistan heraufbeschworen und ein Jahr später in dem Abfall der östlichen Landeshälfte kulminierten, und das wiederholte sich auf politisch kaum minder bedrückende Weise im März 1977, als der damalige Premierminister Zulfikar Ali Bhutto den Wählerwillen massiv zu manipulieren trachtete und im Gefolge einer heftigen Gegenreaktion schließlich die Militärs auf den Plan rief. Zum dritten Mal seit der Gründung des islamischen Nachfolgestaates Britisch-Indiens wählte sich die pakistanische Generalität von hoffnungslos zerstrittenen Zivilpolitikern gedrängt, als Retter einer Nation auftreten zu müssen, die ihrer selbst bis auf den heutigen Tag nicht wirklich sicher ist. Aufs neue in einen Circulus vitiosus geraten, sucht das leidgeprüfte Land seine Zukunft nun freilich buchstäblich in der Vergangenheit und glaubt das Heil im Nizam-i-Mustafa, in der Ordnung des Propheten, zu finden.

Der gefälschte Wahlsieg Bhuttos

Um die Zukunftsaussichten zu erhellen, erscheint es vonnöten, zunächst eine gewisse "Ordnung" in die von turbulenten Entwicklungen gekennzeichnete jüngste Vergangenheit zu bringen. Dieser Versuch wiederum rät zu einer im wesentlichen chronologischen Rückschau auf das Jahr 1977, wobei es als Ausgangsdatum den 22. Januar anzusetzen gilt. An jenem Tag hieß es unter Hinweis auf die für den 7. März vorgesehenen Wahlen zur Nationalversammlung in einem regierungsamtlichen Zirkular¹, angeführt von Bhutto, seien bereits 19 prominente Mitglieder seiner Pakistan People's Party (PPP) "unangefochten" (unopposed) wiedergewählt worden. Obwohl der Opponent des Premierministers im Stimmkreis Larkana-I, Maulana Abbasi von der religiös-orthodoxen Jamaat-i-Islam, in einem Einspruchsverfahren öffentlich kundtat, er sei von bewaffneten Männern entführt und somit daran gehindert worden, seine Kandidatur rechtzeitig anzumelden, ließ sich Bhutto in der besagten Mitteilung als ein "Mann von politischem Scharfsinn" feiern, gegen den es "nicht einmal eine symbolische Opposition" gebe. Und ferner: "Der Premierminister ist ein überragender Staatsmann nicht nur Pakistans, nicht nur Asiens, sondern der gesamten Dritten Welt".

Daß sich die aus neun Oppositionsparteien bestehende Pakistan National Alliance (PNA) damit schon vor dem eigentlichen Urnengang reichlich düpiert fühlen mußte, lag auf der Hand. Wenngleich die PPP seinerzeit gute Chancen gehabt hätte, selbst bei lupenreinen Wahlen mit einer regierungsfähigen Mehrheit ins Zentralparlament zurückzukehren, mochte die PNA an ein faires Abstimmungsverfahren nicht länger glauben. In Rage aber geriet die Opposition, als dann am 8. März das End-

ergebnis vorlag. Von 200 Sitzen hatte die PPP angeblich 155 gewonnen, während 37 Mandate auf die PNA entfielen und die restlichen acht auf unabhängige Bewerber aus den Stammesgebieten in der Northwest Frontier Province. Die Bürokratie hatte, wie spätere Nachforschungen ergeben sollten, gemeinsam mit der Polizei gründliche Arbeit im Sinne Bhuttos geleistet. Von diesem war die Order ausgegeben worden, zumindest die Wiederwahl seiner engsten Vertrauten "sicherzustellen". Da er indes zugleich von der Beamtenschaft als solcher strikte Parteidisziplin verlangte, setzte er einen Fälschungsprozeß in Gang, der in diesem Ausmaß ursprünglich vermutlich gar nicht beabsichtigt worden war. Jedenfalls nannte der ehemalige Luftmarschall Asghar Khan, der die von ihm geführte Tehrik-i-Istiqlal in die PNA eingebracht hatte, den Urnengang einen "unerhörten Betrug", kündigte namens der oppositionellen Allianz einen Boykott der zum 10. März anberaumten Landtagswahlen an und bezeichnete Bhutto als einen "politisch toten Mann"². Und was zu jenem Zeitpunkt nur ein von bloßer Frustration getragenes Wunschdenken zu sein schien, sollte für den Regierungschef schon vier Monate danach zur bitteren Wahrheit werden. Dazwischen aber lagen Wochen blutiger Unruhen, die über dreihundert Menschenleben forderten und die Wirtschaft des Landes weitgehend paralysierten.

Bhutto in der Defensive

Die Agitation nahm ihren Anfang in Lahore, der Provinzkapitale des Punjab, griff bald jedoch auch auf die Provinz Sind und ihre Metropole Karachi über. Obwohl Bhutto noch im März die gesamte PNA-Führung hinter Schloß und Riegel setzen ließ, hielten die Demonstrationen gegen ihn und seine Partei an und zeichneten sich zudem durch eine erstaunlich gezielte Lenkung aus. Um der islamisch orientierten PNA den Wind aus den Segeln zu nehmen, vollzog der Premierminister am 17. April seinerseits einen scharfen Rechtsruck und kündigte vor der Presse in Lahore eine totale Prohibition, die Schließung aller Nachtlokale sowie ein Verbot von Wettspielen an. An die oppositionellen muslimischen Schriftgelehrten appellierte er zugleich, in sechs Monaten Empfehlungen mit dem Ziel auszuarbeiten, sämtliche Gesetze des Landes in Einklang mit dem Koran zu bringen. Die PNA indes ließ sich nicht umstimmen, sondern brachte Bhutto durch ihre Protestmärsche und -streiks dermaßen in Bedrängnis, daß er am 21. April die drei großen Städte Lahore, Hyderabad und Karachi unter Kriegsrecht stellte. Eine Woche später wurde der frühere Armeechef Tikka Khan zum Staatsminister für Verteidigung und Nationale Sicherheit ernannt, während die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen buchstäblich zur gleichen Stunde eine Loyalitätserklärung abgaben, in der es hieß, die Streitkräfte stünden voll und ganz hinter der "legal gewählten Regierung" und wüßten innere wie äußere Feinde Pakistans abzuwehren.

Äußere Feinde? Am 28. April machte Bhutto in einer Rede vor der Nationalversammlung die Vereinigten Staaten für die innenpolitische Krise verantwortlich und apostrophierte sich selbst als das Opfer einer "kolossalen internationalen Verschwörung". Der Premierminister beschuldigte die Amerikaner, die Agitation gegen ihn zu organisieren und zu finanzieren. Und als Gründe für die vermeintliche Feindschaft der USA führte er an: 1. sein Eintreten für ein "freies

Pakistan im Irrkreis

Vietnam"; 2. seine Parteinahme zugunsten der Araber in ihrem Kampf gegen Israel; 3. seine "Führungsrolle" in der Dritten Welt; 4. sein Festhalten an dem Plan, aus Frankreich eine Aufbereitungsanlage für nukleare Brennstoffe zu beziehen. Der offenkundige Versuch des Regierungschefs, seine Opponenten zu diskreditieren und sie als Handlanger fremder Mächte hinzustellen, fruchtete indes ebenfalls nicht. Hatte er zuvor schon Emissäre aus Saudiarabien, Libyen und Kuwait ins Land gerufen, um zwischen ihm und der PNA zu vermitteln, so nahm der Premierminister nun direkten Kontakt mit den nach wie vor arretierten Oppositionsführern auf. Deren Forderung nach Neuwahlen lehnte Bhutto zwar weiterhin ab, erklärte sich am 12. Mai jedoch zu einem Referendum bereit, um das Volk über sein weiteres Verbleiben im Amt entscheiden zu lassen. Wieder sagte die PNA nein und ließ durch ihren amtierenden Präsidenten Pir Pagaro mitteilen, ein Referendum abzuhalten, laufe darauf hinaus, den Wahlfälschungen einen "weiteren Schwindel" anzufügen. Selbst als Bhutto seine Gegner auf freien Fuß setzte und Anfang Juni gar eine Wiederholung der Wahlen in Aussicht stellte, zeigte ihm die PNA erneut die kalte Schulter. Das politische Klima war dermaßen vergiftet worden, daß die Oppositionsführer im allgemeinen und Asghar Khan im besonderen einen Kompromiß nicht länger wollten. Sie trachteten nur noch danach, den angeschlagenen Regierungschef vollends zu stürzen.

Der Premierminister versuchte daraufhin noch einmal, die Flucht nach vorn anzutreten. Er unternahm eine Blitztour durch mehrere befreundete arabische Länder, um sie von der aus seiner Sicht offenkundig gewordenen Sinnlosigkeit weiterer Verhandlungen mit der PNA zu überzeugen und sich gleichsam außenpolitische Rückendeckung für seine Absicht zu verschaffen, innenpolitisch "reinen Tisch" zu machen³. Nach wie vor davon überzeugt, die Streitkräfte hinter sich zu haben, wollte Bhutto seine Widersacher gewaltsam kaltstellen und deren vermeintliche Helfershelfer, die Amerikaner, durch eine engere Anlehnung Pakistans an die Sowjetunion das Fürchten lehren. In der libyschen Hauptstadt führte er ein längeres Gespräch mit dem dortigen Botschafter Moskaus und unterbreitete diesem angeblich den Wunsch, einen Freundschaftsvertrag nach indisch-sowjetischem Vorbild schließen zu wollen⁴. Doch als Bhutto nach Islamabad zurückkehrte und seine Pläne dem Oberkommandierenden des Heeres, General Zia-ul Haq, in Umrissen darlegte, stieß er bei dem Letztgenannten auf Schweigen. Nur wenige Tage später, am 25. Juni, suchte der General den Regierungschef ein weiteres Mal auf und bedeutete ihm, es gelte die innenpolitische Krise notfalls "militärisch" zu lösen⁵. Nun freilich schwieg Bhutto und wollte, offenbar hellhörig geworden, kurz darauf Zia-ul Haq den Laufpaß geben. Dieser aber bekam von der Absicht Wind und ergriff seinerseits die Initiative: in der Nacht vom 4. zum 5. Juli übernahmen die Militärs die Macht und stellten sowohl den Premier als auch die Spitzenpolitiker aller Parteien in dem unweit Islamabads gelegenen Luftkurort Murree unter Hausarrest.

Die Rückkehr der Militärs an die Macht

Noch am Abend des 5. Juli versicherte der nun zum obersten Kriegsrechtsadministrator avancierte Zia-ul Haq in einer Rundfunkansprache, lediglich der Wegbereiter für freie Wahlen sein zu wollen. Ein temporäres Eingreifen der Armee sei indes notwendig gewesen, weil dem Land ein Bürgerkrieg gedroht habe. Zia-ul Haq fand sogar ausgesprochen freundliche Worte für den von ihm gestürzten Bhutto und bezeichnete ihn als einen Mann, "vor dem ich großen Respekt habe und der sein Bestes versuchte, mit der Opposition ein Übereinkommen zu erzielen"⁶. Am 27. Juli bekräftigte der General sein Versprechen, im Oktober die umstrittenen Märzahlen wiederholen zu lassen⁷, und tags darauf setzte er alle beim Militärputsch in Haft genommenen Politiker wieder frei. Der frühere Premierminister mußte sich bei dieser Gelegenheit von dem obersten Kriegsrechtsadministrator freilich zum ersten Mal Kritik gefallen lassen. Noch zu keiner Zeit habe die Demokratie in Pakistan eine Chance zur Entfaltung erhalten, monierte Zia-ul Haq. Und als der von dem Machtwechsel formal nicht in Mitleidenschaft gezogene Staatspräsident Fazlul Elahi Chaudhry am 1. August den versprochenen Urnengang auf den 18. Oktober festlegte, bestätigte er gleichsam amtlich, daß es bei den vorausgegangenen Wahlen zu "schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten" gekommen war. Eine unüberhörbare Warnung an die Adresse Bhuttos reflektierte eine zugleich erlassene Verfügung von seiten der Militärs, in der es unter Androhung schwerer Strafen untersagt wurde, gegen die "Ideologie und Sicherheit des Staates" zu agitieren oder die Zweckmäßigkeit der geplanten Neuwahlen in Frage zu stellen. Von der Öffentlichkeit zunächst wenig beachtet, sah sich der ehemalige Regierungschef an jenem 1. August durch den früheren PPP-Abgeordneten Ahmed Raza Kasuri obendrein beschuldigt, 1974 seine, des Parlamentariers, Ermordung befohlen und bei der Ausführung dieses Plans den Tod seines Vaters verursacht zu haben⁸.

Schon am 3. August gab der Expremier nach einer Klausurtagung des PPP-Zentralkomitees in Karachi bekannt, seine Partei werde die Neuwahlen zur Nationalversammlung und zu den vier Provinzparlamenten nicht boykottieren. Nur fünf Tage später ließ sich Bhutto indes in Lahore vernehmen, der Urnengang drohe zu einer Farce zu werden, weil die Militärs nun eindeutig die PNA unterstützen und damit auch noch eine "Schmierkampagne" gegen die PPP verbänden⁹. Daß die von ihm mit dem "Ende der Weimarer Republik" verglichene Situation auf gefälschte Wahlen zurückzuführen oder das Resultat seiner unzweifelhaft autokratischen Herrschaft gewesen sein könnte, wollte der einstige Regierungschef nicht gelten lassen. Statt dessen resümierte er: "Wenn meine fünfeneinhalbjährige Amtszeit auf eine repressive Demokratie hinausgelaufen sein soll und am Ende die Militärs auf den Plan rief, so kann ich daraus nur den Schluß ziehen, daß Pakistan einen großen und starken politischen Führer braucht." Den aber, so damals Bhutto, vermöge nur seine eigene Partei zu stellen. "Ich oder das Chaos", konkludierte er wörtlich, während die PNA diesem Slogan entgegenhielt: "Bhutto oder Pakistan"¹⁰.

Nach sich steigernden Attacken gegen die Generalität wurde der Expremier am 3. September ein weiteres Mal verhaftet und nunmehr offiziell angeklagt, drei Jahre zuvor die Ermordung des genannten Abgeordneten Kasuri angeordnet und andere Opponenten in einem geheimen Konzentrationslager festgehalten zu haben.

Pakistan im Irrkreis

Die Anschuldigungen stützten sich vornehmlich auf Aussagen des Chefs der wenig später aufgelösten Federal Security Force (FSF), Mahmud Masud, der vor Gericht zugab, die von ihm kommandierte 30 000 Mann starke paramilitärische Streitmacht sei von Bhutto namentlich zur Unterdrückung der Opposition eingesetzt worden. Noch bevor der Prozeß vor dem High Court in Lahore begann, sah sich der Hauptangeklagte dann von Zia-ul Haq in schärfster Weise schuldig gesprochen. Erst die Durchsicht geheimer Dokumente habe ihm die Augen geöffnet, führte der oberste Kriegsrechtssadministrator zur Begründung an und sagte: "Bhutto ist ein böses Genie und regierte das Land mehr oder weniger nach Gestapo-Methoden. Er betrachtete sich als Prinz von Pakistan und war der Machiavelli des Jahres 1977".¹¹ In der Tat durfte und darf der seither zum Sündenbock der Nation erklärte Bhutto als eine tragische Mischung aus Oxford und orientalischem Despoten bezeichnet werden, als ein Mann, der eine klassisch westliche Erziehung genossen hatte und für sein eigenes Volk dennoch (oder gerade deswegen?) stets eine tiefe Verachtung zu heben schien. Diese Erkenntnis aber ließ innerhalb der Generalität nun den Entschluß reifen, den Expremier "ein für allemal aus dem politischen Verkehr zu ziehen"¹². Zudem wollten die Militärs augenscheinlich nicht das Risiko eingehen, im Falle eines nochmaligen Wahlsiegs Bhuttos ihrerseits zur Rechenschaft gezogen zu werden. Jedenfalls ließen sie ihn, nachdem er am 13. September von einem Zivilrichter gegen Kautionszahlung wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, schon vier Tage später zusammen mit zehn weiteren Spitzenpolitikern der PPP erneut verhaften; diesmal unter der Martial Law Order No. 12 "zur Abwehr von Gefahren für die innere Sicherheit des Landes". Eine Verfassungsklage gegen diesen Schritt, von der Frau Bhuttos, Begum Nusrat, in ihrer Eigenschaft als amtierende PPP-Vorsitzende beim Supreme Court in Islamabad erhoben, wurde abschlägig beschieden und lief im Gegenzug sogar auf eine höchstrichterliche Sanktionierung der militärischen Machtübernahme hinaus. Ein neunköpfiger Verfassungssenat unter dem Vorsitz des Chefrichters Anwar-ul Haq urteilte am 10. November, weder die Verhängung des Kriegsrechts noch die Verhaftung Bhuttos seien anfechtbar, weil Pakistan derzeit eine "durch den Zwang der Umstände bewirkte Phase konstitutioneller Abweichungen" durchlaufe¹³.

Militärherrschaft als Dauerlösung?

In der Zwischenzeit war auch der Wahltermin verstrichen, ohne daß der von Zia-ul Haq zuvor wiederholt versprochene Urnengang stattgefunden hätte. Am 1. Oktober befand der General vielmehr, es gelte vorderhand die gegen den Expremier und seine Anhänger eingeleiteten Gerichtsverfahren abzuwickeln. Überdies hätten "gewisse Politiker" das Land ein weiteres Mal ins Chaos stürzen wollen, anstatt der Gewalt abzuschwören und sich "in demokratisch würdiger Weise" auf die Wahlen vorzubereiten¹⁴. Damit nicht genug, wurden allen politischen Parteien wieder straffe Fesseln angelegt und die Zeitungen daran erinnert, nichts zu publizieren, was Gesetz und Ordnung in Frage stellen könne. Die Generalität begann sich nicht länger als bloßes Übergangsregime zu verstehen, sondern nun auf Langfristigkeit angelegte Entscheidungen zu fällen. Sie verfügte eine Liberalisierung der Investitionspolitik, machte eine Reihe der zuvor von Bhutto getroffenen Verstaatlichungsmaßnahmen rückgängig und beauf-

trage die zivile Administration, einen neuen Fünfjahresplan mit dem Ziel einer Intensivierung der agrarischen Entwicklung zu konzipieren. Was sich ökonomisch ebenso zweckmäßig wie logisch ausnahm, erhielt freilich zugleich einen betont religiösen Akzent, den Zia-ul Haq bereits kurz nach seiner Machtübernahme mit den Worten gesetzt hatte: "Es gilt vor allem auf die Schaffung einer islamischen Ordnung hinzuwirken, weil dieses Land im Namen des Islam gegründet worden ist und nur überleben kann, wenn es am Islam festhält"¹⁵. Von keinem Politiker und keiner Partei wurden Einwände gegen diese Prämisse erhoben, sei es, weil sie die Überzeugung der Militärs teilten, sei es, daß sie nicht als "antinational" abgestempelt werden wollten. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe indes, so argumentierten nahezu alle politischen Kräfte, gelte es vom Volk gewählte Repräsentanten zu betrauen; sie könne nicht der Generalität überlassen werden. Doch da sich die Kriegerrechtsadministration auf keinen neuen Wahltermin festlegen wollte, zeigten sich die Parteien nicht nur mehr und mehr über das Militärregime verstimmt, sondern gerieten auch untereinander in Streit. Am 11. November erklärte Asghar Khan den Austritt seiner Tehrik-i-Istiqlal aus der PNA und führte zur Begründung an, die vornehmlich von muslimischen Schriftgelehrten dominierte Allianz habe sich als unfähig erwiesen, dem Land eine politische Alternative zur Militärherrschaft zu bieten. Nur vier Wochen später erhielt die PNA umgekehrt zwar Verstärkung durch den weitaus gewichtigeren Politiker Wali Khan, dessen Beitritt zu diesem Parteienbündnis jedoch zugleich die inneren Rivalitäten verschärfte.

Ein Vorsitzender der namentlich in Baluchistan und der Northwest Frontier Province höchst populären National Awami Party (NAP), war Wali Khan im Frühjahr 1975 zusammen mit über fünfzig hohen NAP-Funktionären verhaftet und seine Partei verboten worden. Bhutto hatte dem damaligen Oppositionsführer in der Nationalversammlung vorgeworfen, sezessionistische Bewegungen in den beiden genannten Provinzen geschürt und sich damit des "Hochverrats" schuldig gemacht zu haben. Wali Khan wurde in Hyderabad vor ein Sondertribunal gestellt, das sich mit den Verhören indes ungemein viel Zeit ließ und immer noch mit der Beweisaufnahme beschäftigt war, als der Hauptankläger Bhutto zweieinhalb Jahre später schließlich seinerseits hinter Schloß und Riegel gesetzt wurde. Am 1. Januar 1978 schlug Zia-ul Haq dann das Verfahren gegen Wali Khan und seine Mitangeklagten nieder, weil es "politisch motiviert"¹⁶ gewesen sei, und verkündete zugleich eine Generalamnestie für Tausende von Insurgenten in Baluchistan, gegen die die pakistanische Armee über Jahre hinweg regelrecht Krieg geführt hatte. Doch so sehr die Rehabilitierung Wali Khans und seiner Anhänger in der pakistanischen Öffentlichkeit Zustimmung fand, so wenig trug die damit verbundene Bereicherung der politischen Szene zu einem Abbau der sie auszeichnenden Konfusion bei. Davon verschont blieb paradoxerweise lediglich die von den Militärs verketzerte PPP Bhuttos, die sich dichter denn je hinter ihren verhafteten Führer scharte und diesen zu seinem fünfzigsten Geburtstag am 5. Januar 1978 gar zum Parteivorsitzenden "auf Lebenszeit" wählte. Zia-ul Haq, der für seine Behauptung, apolitisch zu sein, in der Tat frappierende Beweise lieferte, verhalf durch seine zahllosen Wortbrüche und durch sein widersprüchliches Vorgehen gegen den einstigen Premierminister diesem und seiner Partei zu neuer Popularität, während er die politischen Gegner Bhuttos durch sein eigenes Festhalten an der Macht verprellte. Die Fragwürdigkeit der Kriegerrechtspolitik gipfelte am 15. Januar 1978 in dem Entschluß, zwölf

Pakistan im Irrkreis

Sondergerichte mit dem Ziel einzusetzen, das "moralische Verhalten"¹⁷ der pakistanischen Politiker zur Zeit der fünfjährig-jährigen Regierungszeit Bhuttos zu untersuchen und die für schuldig befundenen unter ihnen von künftigen Wahlen auszuschließen. Wann es zu einem Urnengang kommen werde, blieb freilich unerwähnt. Zum Unmut aller politischen Parteien setzte Zia-ul Haq statt dessen ein aus Spitzenbeamten und Technokraten bestehendes Beratergremium ein, das nunmehr die Funktionen eines Kabinetts übernehmen sollte, ohne politische Entscheidungsbefugnisse zu haben. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans mußten die Zivilpolitiker erleben, daß sich gegen ihren Willen ein ausschließlich von den Militärs und der Bürokratie getragenes Regime etabliert hatte - und das als Resultat ihres Kampfes gegen die autoritäre Herrschaft Bhuttos und für die parlamentarische Demokratie.

Islam und Politik

Die einzige Dominante in diesem ansonsten höchst kontradiktorischen Prozeß war und blieb die von Zia-ul Haq mit Vehemenz betriebene Islamisierung des Landes und seiner Institutionen. Schon kurz nach seinem Machtantritt hatte er einen "Rat für islamische Ideologie" ins Leben gerufen und diesem die Aufgabe gestellt, die mittlerweile dritte, aus dem Jahre 1973 datierende Verfassung Pakistans mit dem koranischen Recht in Einklang zu bringen. Daß dieser Auftrag auch hochpolitischen Charakter hatte und die demokratischen Parteien des Landes empfindlich stören mußte, machte der Ratsvorsitzende Mohammed Afzal Cheema, ein Verfassungsrichter, gleich zu Beginn seiner Arbeit mit dem Hinweis klar, es bestehe ein "fundamentaler Unterschied" zwischen den westlichen Demokratien auf der einen Seite und "unserem parlamentarischen Konzept" auf der anderen¹⁸. Cheema erläuterte: "Da Allah der absolute Souverän ist, hat unser Parlament nur eine begrenzte Gesetzgebungsmacht und kann nicht gegen koranisches Recht entscheiden." Über die politischen Aspekte hinaus muten die bisherigen Rückgriffe auf dieses gerade auch in Pakistan höchst unterschiedlich interpretierte Recht allerdings selbst in manch anderer Hinsicht nicht eben fortschrittlich, sondern eher anachronistisch an. Das gilt für die Wiedereinführung der laut Cheema "schon in den frühen Tagen des Islam erwähnten" Prügelstrafe ebenso wie für die Entscheidung, der Moschee künftig die Funktion einer erzieherischen "Basis-Einheit" zuzumessen. Auch die wirtschaftliche Zielsetzung des Islamisierungsprogramms nimmt sich reichlich weltfremd aus, soll doch die Einkommensteuer abgeschafft und durch die Zakat, das pflichtmäßige Almosen, ersetzt werden. Man will die Banken auf ein zinsloses System umstellen und sie entgegen internationaler Praxis am Gewinn des von ihnen ausgeliehenen Geldes beteiligen oder aber auch mögliche Verluste mittragen lassen. Die angestrebte Ordnung des Propheten soll, generell gesehen, eine sogenannte Balance zwischen dem Recht der Nation und dem des einzelnen Bürgers herstellen, wobei der Rat für islamische Ideologie freilich der Meinung ist, es gelte der Nation und dem Staatsinteresse in jedem Fall den Vorzug zu geben. Militärs und Schriftgelehrte scheinen sich hier zumindest indirekt die Vorstellungen des Philosophen und Urdu-Poeten Mohammed Iqbal zu eigen zu machen, der als geistiger Vater Pakistans verehrt wird und lange vor der Gründung dieses Staates schon dozierte: "Bolschewismus plus Gott sind nahezu identisch mit

Islam." Noch kategorischer drückte es später der pakistanische Sozialreformer Ghulam Ahmed Parvez¹⁹ mit den Worten aus: "Ein kommunistisches Wirtschaftssystem, verschmolzen mit koranischen Dauerwerten, ist die einzige Lösung für die Probleme dieser Welt." Und auf das religionsbezogene *raison d'être* des eigenen Landes anspielend, fügte Parvez hinzu, von allen muslimischen Staaten sei Pakistan der einzige, welcher sich rühmen dürfe, ein Testfall für islamische Regeneration zu sein.

Es fällt nicht eben leicht, bei den pakistanischen Bannerträgern des Propheten zwischen tief- oder leichtgläubigen Muslimen, zwischen Sozialreformern, religiösen Eiferern, Obskuranten und nationalistischen Kraftmeiern zu unterscheiden. Vielen gemeinsam aber ist eine nachgerade an Verzweiflung grenzende Unsicherheit über den Ausgang des Unterfangens, dem mit seinen demokratischen Gehversuchen immer wieder gescheiterten und nun schon zum dritten Mal von Militärs regierten Land ein festeres Fundament zu schaffen - durch das Nizam-i-Mustafa.

Anmerkungen

- 1) Press Release No. 7/77, Islamabad
- 2) Am 8. März auf einer Pressekonferenz in Rawalpindi
- 3) Der damalige Justizminister Pirzada in einem Gespräch mit dem Verfasser.
- 4) Diese nach dem Sturz Bhuttos von den Militärs aufgestellte Behauptung ist freilich nur schwer mit dem steten Bemühen des Expremiers um enge Beziehungen zur Volksrepublik China in Einklang zu bringen.
- 5) Zia-ul Haq in einem späteren Interview mit dem Verfasser
- 6) In einem Interview mit Newsweek am 18. Juli
- 7) Zia-ul Haq in einer Rede an die Nation
- 8) Kasuri in einer Eingabe an den High Court in Lahore
- 9) Bhutto am 8. August in einem Gespräch mit dem Verfasser
- 10) Der PNA-Präsident Mufti Mahmud am 10. August in Lahore
- 11) Am 7. September in einem Interview mit der New York Times
- 12) Ein Berater Zia-ul Haqs in einem Gespräch mit dem Verfasser
- 13) Supreme Court Judgement, 10. November 1977
- 14) In einer Rede an die Nation
- 15) Am 27. Juli 1977 in einer Rede an die Nation
- 16) Zia-ul-Haq am 1. Januar auf einer Pressekonferenz in Rawalpindi
- 17) Verfügung des Staatspräsidenten Chaudhry
- 18) Am 20. Oktober 1977 in einem Gespräch mit dem Verfasser
- 19) Zit. in "al-mushir", einer theologischen Zeitschrift des Christian Study Centre, Rawalpindi, März 1975